



Antrag

der Abgeordneten **Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Arbeiten für wenig Geld – Anhörung zur Situation der Beschäftigten im bayerischen Niedriglohnsektor

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt eine Anhörung zum Thema „Niedriglohnsektor in Bayern“ durch, in der Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Beschäftigte gehört werden. Der Fokus der Anhörung soll insbesondere auf die prekären Arbeits- und Rahmenbedingungen der Beschäftigten im bayerischen Niedriglohnsektor gerichtet werden.

Im Rahmen der Anhörung sollen konkrete Handlungsspielräume für den Freistaat erörtert werden, wie höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen in Bereichen geschaffen werden können, die zwar zum Teil während der Pandemie beklatscht wurden, aber dennoch auf der politischen und der öffentlichen Agenda wieder ins Hintertreffen geraten sind.

Begründung:

Niedriglohnbeschäftigung ist auch in Bayern ein anhaltendes Problem, das durch die vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten zusätzlich verschärft wird. Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) lag das Niedriglohnrisiko 2018 im Freistaat, gemessen an der bundesweiten Niedriglohnschwelle, bei 16,9 Prozent. Das bedeutet 963 000 abhängig Beschäftigte haben stündlich weniger als 11,21 Euro verdient. Legt man mit 11,77 Euro eine für Bayern angepasste Niedriglohnschwelle zugrunde, steigt das Niedriglohnrisiko sogar auf 18,8 Prozent. Fast jede bzw. jeder fünfte abhängig Beschäftigte in Bayern arbeitete damit 2018 für einen Niedriglohn.

Reinigungskräfte, Verkäuferinnen und Verkäufer, Bürokräfte, Pflegehelferinnen und Pflegehelfer sowie Küchenhilfen sind in Bayern besonders stark betroffen. Die Personengruppen, die überdurchschnittlich häufig zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, sind gering qualifizierte, junge Menschen unter 25 Jahren, Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländerinnen und Ausländer, Frauen und ältere Menschen ab 55 Jahren. Auch Alleinerziehende sind einem besonders großen Risiko ausgesetzt. Die vielfältigen Hintergründe zeigen die Komplexität des Niedriglohnsektors. Einfache Lösungen und Mantras, wie die Anrufung der Selbstregulation des freien Marktes oder das Abschieben der kompletten Verantwortung auf die Sozialpartner, werden nicht weiterhelfen. Im Rahmen der Anhörung gilt es deshalb, die unterschiedlichen Problemstellungen, Hürden und Belastungen der Beschäftigten zu beleuchten und offenzulegen, welche Maßnahmen auf Landesebene getroffen werden können, um deren Lage zu verbessern.

Das Einkommen arbeitender Menschen muss zum Leben reichen und ein Mindestmaß gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Stattdessen sind Niedriglohnbeschäftigte fast

dreimal so häufig von Armut bedroht wie der Durchschnitt der abhängig Beschäftigten. In der Coronapandemie hat sich deutlich gezeigt, dass tarifgebundene Arbeitsplätze besser abgesichert waren und auch der Arbeitsschutz zuverlässiger gewährleistet wurde.

Schlechte Bezahlung geht häufig mit prekären Arbeitsbedingungen einher. Meist fehlen Betriebsräte, die die Interessen der Beschäftigten gegenüber den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern vertreten und die Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorgaben kontrollieren. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland kennen oft die deutsche Rechtslage nicht und werden so einfache Ziele von Ausbeutung. Bei Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeitern, die nur begrenzte Zeit in Deutschland bleiben, wird dieser Zustand häufig auf die Spitze getrieben. So kam es in Unterkünften oder Fabriken immer wieder zu größeren Coronaausbrüchen, die auf die mangelhaften Arbeits- und Hygienebedingungen zurückzuführen waren. Um diese Missstände zu beheben, muss der Freistaat aktiv werden.